



www.was-b.de

Berliner Text der WAS-B

August 2007

FORTSETZUNG EINER SCHIEFLAGE	2
WAS FÜR POLITISCHEN AKTIVITÄTEN DER WAS-B FOLGEN DARAUS?	7
INFORMATION SARBEIT LEISTEN.....	7
BEZIRKSÜBERGREIFENDE BVV-ANTRÄGE	8
AUßERPARLAMENTARISCHER PROTEST.....	8



Fortsetzung einer Schieflage

Im September 2006 verlor Rot-Rot insgesamt 239.000 Wählerstimmen im Vergleich zu den vorangegangenen Abgeordnetenhaus-Wahlen 2001. Vor allem die LINKE.PDS traf es hart: Mit über 180.000 Stimmen weniger verlor sie die Hälfte ihrer Wähler. Zum Weiterregieren reichte es trotzdem, da 13,7% der sonstigen Parteien, die die 5%-Hürde verfehlten, den Mandate-Anteil der etablierten Parteien deutlich erhöhte.

Die Konsequenz, welche die Führungsspitze der Berliner LINKE aus der Wahlschlappe zog, war es, den Wahlkampf-Slogan "Fortsetzug folgt" mit der Maßgabe umzusetzen, die Diskrepanz zwischen sozialkritischen Pressemitteilungen und neoliberaler Regierungspraxis zu verfeinern.

Das Image der mutigen Haushaltskonsolidierer, die "*nicht auf unschuldig plädieren, sondern sich zum Vorsatz bekennen*" (Harald Wolf) hat man nun abgestreift, um fortan das selbsternannte "*soziale Gewissen der Stadt*" zu sein. Und Landeschef Klaus Lederer hat keine Probleme damit, Lafontaines nebulöse "Systemfrage" wiederholt zu stellen.

Wirtschaftssenator Harald Wolf sieht plötzlich den Spielraum, "*die Wohnung neu einzurichten, anstatt nur zu entrümpeln*".

Sowohl SPD als auch LINKE bedienen sich dabei bei den Mainstream-Meldungen, die von einem bundesweit bestehenden robusten Wirtschaftsaufschwung berichten, der auch die Landeskassen ordentlich auffüllt.

Völlig verdrängt wird die Tatsache, dass durch die Ende 2006 verkorkste Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht und durch die rückläufigen Mittel aus dem Solidarpakt II der Konsolidierungsdruck auf das Land Berlin trotz aller temporären Steuermehreinnahmen sogar noch zugenommen hat.

Einsparungen im Berliner Haushalt und fragwürdige Privatisierungen öffentlichen Eigentums finden nach wie vor statt und werden die gesamte Wahlperiode weiterhin stattfinden - und weiterhin spüren dies die Menschen in Berlin umso mehr, je schwächer ihre soziale Herkunft ist.

Erste und dringliche Aufgabe der Wahlalternative Soziales Berlin in den nächsten Monaten und Jahren ist es, den von Rot-Rot selbstverordneten Imagewechsel als *zynische Wolf-im-Schafspelz-Kampagne* zu entlarven, indem sie den weiterhin allgegenwärtigen Sozialabbau und die bürgerferne Politik in Berlin dokumentiert und aufdeckt - zumal die Oppositionsparteien im Abgeordnetenhaus - CDU, FDP und B90/Grüne - dafür nicht die Kraft und vor allem nicht den Willen haben.

Durch die Verankerung in mehreren Bezirksverordnetenversammlungen hat die WAS-B dafür - z.B. durch das Einbringen Großer und Kleiner Anfragen - mehr Hilfsmittel zur Verfügung als die Berliner WASG in der letzten Wahlperiode. Insbesondere die sozialen Auswirkungen durch die angedrohten verschärften Bezirksbudget-Kürzungen auch in diesem Jahr müssen von uns dokumentiert und aufgegriffen werden.

Ziel der WAS-B kann es nur sein, bei den nächsten AGH-Wahlen, die spätestens 2011 stattfinden, anzutreten, um ihre Verankerung in den Bezirksparlamenten auf das Landesparlament auszuweiten.



Mit der 27-Punkte-Broschüre "Bilanz einer Schieflage" machte die Berliner WASG letztes Jahr über die unsozialen Fehlentscheidungen des rot-roten Senats der vergangenen Wahlperiode aufmerksam. Die Broschüre war damit das wichtigste Schulungsmaterial für wahlkämpfende WASGler in Berlin.

Zur Erinnerung einige wichtige Punkte daraus:

- *Ausstieg aus dem kommunalen Arbeitgeberverband*
- *Lohn- und Gehaltskürzungen in öffentlichen Einrichtungen*
- *Stellenabbau und Einführung des Stellenpools*
- *Linkspartei.PDS will Industrie bei Wasserpreisen entlasten*
- *Mietspiegel gegen Protest der Mietervereine beschlossen*
- *Deutliche Reduzierung des Blindengeldes*
- *Abschaffung der Lehrmittelfreiheit an den Berliner Schulen*
- *Erhöhung der Kita-Gebühren*
- *Streichung von Referendariatsstellen*
- *Erhöhung der Lehrerarbeitszeit um zwei Unterrichtsstunden*
- *Kürzungen der Hilfen zur Erziehung*
- *Streichungen im Kulturbereich*

Obwohl die Fortsetzung von Rot-Rot noch nicht einmal ein Jahr existiert, kann der Schieflagen-Katalog schon jetzt um viele weitere Punkte asozialer Regierungspraxis erweitert werden. Einige Punkte können als Wiederholungsdelikte bezeichnet werden, andere sind neu.

1. Verkauf von weiteren tausenden Wohnungen öffentlichen Eigentums

Um der Vereinbarung "Keine weitere Privatisierung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften" im neu aufgelegten rot-roten Koalitionsvertrag Folge zu leisten und dennoch fleißig weiter öffentliches Wohneigentum zu verscherbeln, greift der Senat neuerdings in eine Trickkiste: Solange lediglich zusammenhanglose Bruchstücke verkauft werden, kann man nicht von einer vollständigen Privatisierung einer Wohnungsbaugesellschaft sprechen.

Im Februar wurden so 1347 Wohnungen der landeseigenen Berliner Wohnungsbaugesellschaft Bewoge an das Kölner Immobilien-Unternehmen Vivacon verkauft, wobei über den Preis Stillschweigen vereinbart wurde.

Zur gleichen Zeit wurde der Verkauf von weiteren 3000 Wohnungen der Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) beschlossen.

Insgesamt sind seit September 2006 über 6000 weitere Wohnungen privatisiert worden.

2. Erhöhung der Grundsteuer anstatt der Gewerbesteuer

Die Ablehnung des Gewerbesteuerhebesatzes durch den Rot-Roten Senat war bereits ein Kritikpunkt aus der "Bilanz einer Schieflage"-Broschüre. In der jetzigen Wahlperiode setzte der Senat in Sachen sozial ausgewogener Steuerpolitik noch einen drauf:

Er erhöhte stattdessen die Grundsteuer, was vor allem eine höhere Abgabenlast für die Vielzahl von Mietwohnungen in Berlin bedeutet.

Der Berliner Mieterverein geht mittlerweile von einer Mehrbelastung von 20 Prozent aus, während der Senat im Herbst vergangenen Jahres eine wesentliche geringere Erhöhung prognostizierte.

In einigen Fällen, wie bei der Gesobau im Märkischen Viertel, ergab sich durch die Grundsteuererhöhung für die MieterInnen dieses Jahr zusammen mit der üblichen Betriebskostensteigerung eine Mieterhöhung von 25 Prozent. Besonders hart traf es die Mieter im Märkischen Viertel, deren Domizil Anfang des Jahres ihren Status als öffentlich geförderte Wohnung verloren haben. Mit einer zusätzlichen Erhöhung gemäß des Berliner Mietspiegels ergaben sich hier Mieterhöhungen von über 200 Euro.

3. Verkauf der Gewerbesiedlung GSG

Die GSG war mit über 750.000 qm Büro- und Multifunktionsfläche der bedeutendste öffentliche Gewerbeflächenanbieter Berlins, vor allem für kleine mittelständische Unternehmen.

Im April 2007 wurde die Gewerbesiedlungs-Gesellschaft GSG, eine Tochter der landeseigenen Investitionsbank Berlin (IBB), an die börsennotierte "Orco Group" verkauft. Von der Privatisierung waren neben den Gewerbetreibenden auch MieterInnen von 235 Wohnungen betroffen.

Die Orco-Group konnte mit dem Kauf der GSG für knapp 309 Millionen Euro ein schönes gemachtes Nest zum Schnäppchenpreis ergattern, flossen doch in den vergangenen Jahren allein vom Bund 340 Millionen Euro an Fördergeldern in die Sanierung der Gewerbehöfe. Aus dem Verkaufserlös gingen etwa 134 Millionen an die IBB, rund 145 Millionen an den Landeshaushalt.

4. Déjà Vu: Mietspiegel gegen Protest der Mietervereine beschlossen

Der Senat hat zusammen mit den Vermieterverbänden den Weg geebnet, dass für rund 900.000 Berliner Wohnungen durchschnittliche Mieterhöhungen von 13 Cent pro Quadratmeter im Monat ermöglicht werden, mit Spitzenwerten, die bei 1,02 Euro pro Quadratmeter liegen.

Genau wie bereits 2003 und 2005 ignorierte der Senat dabei das Veto der drei großen Berliner Mietervereine. Rechtfertigungen von Senatsvertretern, wie etwa Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer, dass das Mietniveau in Berlin immer noch niedriger ist als in anderen deutschen Großstädten, sind einfach absurd, wenn man betrachtet, dass seit dem Jahr 2000 das durchschnittliche Berliner Netto-Haushaltseinkommen etwa *konstant* bei 1500€ liegt (siehe Mikrozensus 2005 des statistischen Landesamts Berlin) – während vor allem die steigenden Mieten im selben Zeitraum (allein seit 2003 um 12%) zu einem spürbaren Kaufkraftverlust in Berlin geführt haben.

Insbesondere für ALG-2-Beziehende spitzt sich der Wohnungsmarkt zu:

Mit den Bestimmungen des neuen Mietspiegels verringert sich der Anteil des Berliner Mietwohnungsmarktes, der unterhalb der festgelegten Höchstmieten für ALG-2-Beziehende liegt (AV Wohnen) auf unter 50% - in einigen Bezirken fällt dieser Anteil sogar noch dramatischer aus. Vor allem die Wohnungsversorgung für die vielen kleinen Bedarfsgemeinschaften (Ein- und Zwei-Zimmer-Wohnungen) verknappt sich desaströs.

5. Vorreiter bei der Abschaffung des Ladenschluss

Ungeachtet der Tatsache, dass vor allem in der Bundeshauptstadt die Umsätze im Einzelhandel seit Jahren stagnieren und ein extremes Überangebot an Verkaufsfläche existiert, hat Berlin im November 2006 als erstes Bundesland den Ladenschluss nahezu komplett freigegeben.

Vor allem für die Angestellten der Discounter-Ketten, die ohnehin mit brutalen Arbeitsbedingungen zu kämpfen haben (siehe ver.di-Schwarzbuch zum Discounter Lidl), bedeutete dies eine weitere Verschlechterung von Lebensqualität (Gesundheit, Familienzusammenhalt) und dem Verhältnis Lohn/Arbeitsanforderung.

Zudem ist zu erwarten, dass sich der Verdrängungswettbewerb im Einzelhandel erneut zugunsten der großen Anbieter verschärfen wird.

Außerdem ergab eine Studie im Juni diesen Jahres, dass Geringverdienende die Möglichkeiten zum Späteinkauf weitaus weniger nutzen als Familien mit einem Einkommen von 3000 Euro und höher.

6. Weiterer Stellenabbau und Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst

Während die LINKE in ihren theoretischen Strategiepapieren von einem öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) träumt, in dem mehrere tausend Stellen für Langzeitarbeitslose geschaffen werden, sieht die Realität mal wieder ganz anders aus:

Bis 2013 plant die Senatsverwaltung für Finanzen einen weiteren Abbau von 20.000 Stellen im öffentlichen Dienst. Gegen diese Zusammenstreichung ist die von Rot-Rot zugesagte Einstellung von 2450 Lehrern, 1700 Polizisten und 400 Feuerwehrleuten in der laufenden Wahlperiode ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Zudem ist vorgesehen, den Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst nach Auslauf des aktuellen Tarifvertrages (2009) das Weihnachts- und Urlaubsgeld - sofern es noch gezahlt wird - zu kürzen. Außerdem ist eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden vorgesehen.

7. Senat spart sich HIV-Beratungsstellen

Im Februar beschloss der Rat der Bürgermeister auf Vorgabe der Senatsverwaltung, zwei der sechs Beratungsstellen für Aids und sexuell übertragbare Krankheiten zu schließen, um 160.000 Euro einzusparen - ungeachtet der Tatsache, dass in den letzten Jahren in der "HIV-Hauptstadt" Berlin die Zahl der HIV-Neuinfektionen auf hohem Niveau stagnierte oder sogar zunahm.

Ausgerechnet in der HIV-Hochburg Tempelhof-Schöneberg soll es nun keine Anlaufstelle mehr geben.



8. Einsparungen bei der Feuerwehr

Selbst wenn der Senat seine Zusage einhält und in den nächsten vier Jahren 400 neue Feuerwehrleute einstellt, wird die Einsatzfähigkeit der Berliner Feuerwehr durch weitere Einsparungen abnehmen (zum Vergleich: seit 1990 wurde die Zahl der Beschäftigten von 5500 auf heute 3000 abgesenkt).

Derzeit ist geplant, dass die Anzahl der im Einsatz befindlichen Löschfahrzeuge, Drehleitern und Rettungswagen vor allem in den Nachtstunden um bis zu 25 Prozent reduziert werden sollen (Löschfahrzeuge: 62 -> 45, Drehleitern: 32 -> 25, Rettungswagen: 91 -> 71)

9. Weitere Kürzungen bei der Erziehungshilfe

Die Pläne der Senatsverwaltung sehen vor, dass ab 2008 10 Prozent weniger Geld für regelmäßige Familienbesuche und -hilfen zur Verfügung gestellt werden. Kürzungen von 20 Prozent sind für Tagesgruppen (soziales Lernen, Begleitung Elternarbeit) geplant, die den Verbleib der Kinder in der Familie ermöglichen sollen.

Kein Wunder, dass Finanzsenator Sarrazin energisch abstreitet, dass die in den letzten Monaten gehäuft aufgedeckten Fälle von vernachlässigten Kindern in verwahrlosten Berliner Wohnungen in irgendeiner Weise mit den von 2002 bis 2005 vorgenommenen Kürzungen der Erziehungshilfen von insgesamt knapp 130 Millionen Euro im Zusammenhang stehen.

10. Bezirke bluten weiter aus

Im letzten Punkt wollen wir uns die Bezirke genauer anschauen:

Die Planungen im Berliner Haushalt 2008/2009 sehen vor, dass die Bezirke insgesamt 86 Millionen Euro einsparen müssen.

In den nächsten Monaten werden wir daher einen umfangreichen Streichkatalog der einzelnen Bezirke dokumentieren müssen.

Da Bezirksämter und Senatsverwaltung aber bereits eine Reihe von kreativen Einsparungsmöglichkeiten in der Schublade haben, kann mit einer unvollständigen Übersicht schon jetzt begonnen werden. Teilweise wurden diese schon umgesetzt, da bereits die bisherigen Bezirksbudgets - also ohne den jetzt zusätzlichen Einsparungsdruck - zu finanziellen Engpässen in den meisten Bezirken geführt haben.

Hier einige Beispiele:

Neukölln:

- Der Büchereibus für Schulen wurde bereits vor einem halben Jahr abgeschafft
- Die beiden bezirkseigenen Zeltlager an der Ostsee und in Bayern sowie das Schullandheim Sandwerder am Wannsee, in dem Neuköllner Jugendliche Urlaub machen konnten, werden verkauft
- Personaleinsparungen des Gemeinschaftshauses in der Gropiusstadt



- Das Museum Neukölln zieht in ein heruntergekommenes, renovierungsbedürftiges Gebäude um
- Schulen sollen von einem privaten Wachschatz gesichert werden
- Seniorenfreizeitstätten in Alt-Buckow, Alt-Rudow und im Böhmisches Dorf wurden an "freie Träger" verramscht.

Friedrichshain-Kreuzberg:

- Ein Konzept für Bibliotheksschließungen im nächsten Jahr ist geplant
- Finanzstadträtin Klebba plant "Verbesserung der Einnahmeseite", z.B. durch höhere Beiträge für Kurse an Musik- und Volkshochschulen
- Verkauf öffentlicher Seniorenwohnheime - Hier eine Auswahl:
 - Seniorenwohnhaus Mehringplatz 5,
 - Seniorenwohnhaus Gneisenaustrasse 12/ Riemannstrasse 22,
 - Seniorenwohnhaus Charlottenstrasse 85,
 - Pflegeheim Fidicinstrasse 2
 - Pflegeheim Stallschreiberstrasse 12

Lichtenberg:

Auch der Bezirk, der seine BürgerInnen jedes Jahr die Möglichkeit gibt, eine Wunschliste aufzustellen, wo sie gern mehr Geld investiert sehen würden, muss einen fetten Rotstift anlegen. Da Lichtenberg seine Seniorenwohnheime bereits in den letzten Jahren an freie Träger verscherbelt hat, muss woanders angesetzt werden. Momentan ist vorgesehen:

- Drastische Einsparung von Personalmitteln: Alle Jugendfreizeiteinrichtungen des Bezirks werden aus der kommunalen Verantwortung entlassen

Der Lichtenberger Bürgerhaushalt muss dringend uminterpretiert werden: Wo wollen die Menschen die wenigsten Einsparungen?

Marzahn-Hellersdorf:

Der chronisch klamme Bezirk zeigt sich mal wieder von seiner bürgerunfreundlichen Seite:

- Schließung von zwei der fünf Bürgerämter
- Abriss von 20 Turnhallen

Was für politischen Aktivitäten der WAS-B folgen daraus?

Informationsarbeit leisten

Wie bereits oben angerissen wurde: Die WAS-B muss die Verteilung von Informationen sowie die Aufklärung über landespolitische Verwerfungen durch regelmäßiges Verfassen eines „Fortsetzung einer Schiefelage“-Textes und dessen Verbreitung via Presse-Verteiler, Internet-Foren, Flyer für Verteilaktionen vor Job-Center u.ä. oder gegebenen Events (Unterschriftensammlungen für Volksbegehren) vorantreiben.

Die BVVen müssen als Instrument der unmittelbaren Informationsbeschaffung dazu intensiv genutzt werden. Mit der Möglichkeit einer Großen Anfrage in der BVV kann eine Informationsrecherche zudem mit einer pressewirksamen Aktion verbunden werden.



Bezirksübergreifende BVV-Anträge

Weiterhin muss die WAS-B die eher bescheidenen Möglichkeiten von BVV-Anträgen zur Beschlussfassung ausnutzen.

In der Vergangenheit wurde bereits mehrfach in verschiedenen BVVen gleichzeitig derselbe Antrag eingebracht – mit auch nennenswerten Erfolgen.

Beispiel: Aktion „Zuckertüte“ - Zuschuss für ALG-2-Erstklässler (in Marzahn/H'dorf, Lichtenberg und Xhain beschlossen)

Aktuell ist geplant, ebenfalls bezirksübergreifend, die Sicherstellung von Pausenmilch für alle Grundschüler zu beantragen, die für Kinder aus ALG-2-Familien kostenlos angeboten wird. In Xhain ist dieser Antrag bereits angelaufen und wird aktuell in den Ausschüssen beraten.

Generell ist das Thema subventionierte Verpflegung an den Berliner Grundschulen ein aktuelles Brennpunkt-Thema, das bereits von anderen Oppositionsparteien aufgegriffen wird, wie etwa der CDU Lichtenberg .

Hier darf die WAS-B nicht zurückstecken und muss in den nächsten Monaten selber dieses Thema offensiv in den BVVen und Ausschüssen bearbeiten.

Was die WAS-B-Verordneten zudem noch verstärken müssen, ist das Nachhaken bei umgesetzten Beschlussempfehlungen und den Status der Umsetzung beim Bezirksamt nachfragen – Bsp.: Wie ist der Stand bei der ALG2-Weihnachtsgeld-Initiative (Erreichter „Konsens“ war eine Bundesratsinitiative über den Rat der Bürgermeister) ? Und noch viel aktueller und dringend (Anfang August schriftliche Anfragen stellen): Können Hartz-4-Familien mit Kindern im Einschulungsalter jetzt einen Zuschuss beantragen ? Und wenn ja, wie und wo ?

Außerparlamentarischer Protest

Darüber hinaus muss die WAS-B den außerparlamentarischen Protest durch die Unterstützung von initiierten Volks- und Bürgerbegehren in Berlin voranzutreiben.

Aktuell ist die WAS-B an der Unterstützung folgender Initiativen beteiligt:

- ⇒ Berlinweit: Unterstützung der Volksbegehren zur Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge der Wasserbetriebe und zum neuem Sparkassengesetz
- ⇒ Lichtenberg: Bürgerbegehren gegen JVA-Umzug
- ⇒ Marzahn/Hellersdorf: Bürgerinitiative gegen Hubschrauber-Landeplatz

Nicht zu vergessen: Die Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen ist die ideale Möglichkeit für den Aufbau neuer WAS-B-naher Netzwerke.